

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 4, 24. Februar 2000

Einblicke

Loch ohne Rand

Von Frank Suplie

Was passiert, wenn die CDU im Spendenskandal versinkt? Reißt sie ein tiefes schwarzes Loch, dessen Rand immer deutlicher bräunlich anfärbt? Ist das ein Menetekel, das aufrechte Demokraten erschauern lassen muss?

Zunächst einmal: Die CDU muss dafür bezahlen, dass christdemokratische Führungsfiguren Recht gebrochen haben. Sie hat sich über Jahrzehnte durch ihre schwarzen Kassen im Parteienwettbewerb massive Vorteile verschafft. Deshalb ist es geradezu absurd, wenn TV- und Presse-Kommentatoren darauf hinweisen, die CDU dürfe durch die ausstehenden Straf-gelder in ihrer Kampagnen-Fähigkeit nicht maßgeblich beeinträchtigt werden.

Kann es im Übrigen ein Schaden sein, wenn die CDU künftig gründlicher überlegen muss, wie sie ihre Mittel zur Profilierung einsetzen will? Die üble, durch Schwarzgeld gespeiste Kampagne im hessischen Wahlkampf gegen die doppelte Staatszugehörigkeit ist ein Beispiel dafür, wie man ein sensibles Thema brachial ausschachtet und dabei die Rechten stark macht. Sie ist leider kein Beispiel für die von einigen Politikwissenschaftlern vertretene These, es sei gewissermaßen die natürliche Funktion der CDU/CSU, den rechten Rand einzubinden. CDU und die CSU haben hier wie bei anderen Gelegenheiten gezielt die Ängste gegen Überfremdung geschürt und damit das politische Spektrum nach rechts verschoben. Sie haben so den Nährboden für die Rechtsradikalen bereitet statt ihn auszutrocknen.

Die alte CDU wird heute nicht mehr gebraucht. Wenn sich die von Kohl an den Rand gedrängten liberal-konservativen und christlich-sozialen Kräfte zu etwas Neuem zusammenschließen, kann dies unserem Gemeinwesen nur gut tun. Eine solche Partei würde mit der SPD um die beste Reformpolitik streiten. Das macht die Mitte stark und die Ränder schwach. Und das festigt die Abwehrkräfte gegen rechts.

Frank Suplie ist Chefredakteur des „Vorwärts“

Braune Auktionen

Über eine Schweizer Firma können im Internet rechtsextremistische Materialien erworben und versteigert werden. **Seite 2 ■**

Neue Schaltzentrale

Bekannte Neonazis haben in Norddeutschland ein Anwesen gekauft, das offenbar zu einem Schulungszentrum umgebaut werden soll. **Seite 3 ■**

Dresden am 13. Februar

Am Rande der Feierlichkeiten zum Gedenken der Bombardierung Dresdens konnte die extreme Rechte weitgehend unbehelligt aufmarschieren. **Seite 4 ■**

Land ohne Juden

Polen hatte vor dem Zweiten Weltkrieg den größten jüdischen Bevölkerungsanteil. Überlebende des NS-Mordterrors wurden teilweise später von den Kommunisten vertrieben. **Seite 6 ■**

Eine Spitzentruppe

Die meisten der neuen FPÖ-Minister haben Kontakte zum extrem rechten Spektrum. **Seite 9 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Digitale Geschäfte

Im Internet-Auktionshaus eBay sind rechtsextremistische Materialien gegen Höchstgebot zu erwerben.

Die Schweizer eBay International AG hat eine ebenso simple wie lukrative Geschäftsidee: Auktionen per Internet. Auf der vielgenutzten Homepage des Unternehmens finden inzwischen Tausende solcher Auktionen rund um die Uhr statt. Er- und versteigern kann fast jeder fast alles. Die Firma eBay stellt den technischen Rahmen und verlangt eine Gebühr vom Anbieter einer Ware. Käufe und Verkäufe regeln die Nutzer untereinander.

Doch neben Kühlschränken, Fernreisen und Plüschtieren kommen bei eBay nicht selten auch rechtsextremistische Materialien unter den digitalen Hammer. CDs neonazistischer Skinhead-Bands beispielsweise: So ist etwa das aus vier Langspielplatten bestehende Paket „Gods of War“ zu haben, das Alben der Neonazi-Skin-Bands Screwdriver, Skullhead und No Remorse (Keine Reue) umfasst. Die Musikrichtung gibt der Anbieter mit den Stichworten Skinhead/RAC an und weist damit auf den rechtsextremistischen Charakter der Platten hin. RAC steht für „Rock against Communism“ und ist die Parole, unter der die von Screwdriver-Kopf Ian Stuart Donaldson begründete neonazistische Blood&Honour-Bewegung auf den Plan trat. Mit dem Kürzel RAC sind mehrere CDs gekennzeichnet, die bei eBay versteigert werden.

Alle eBay-Nutzer geben sich Pseudonyme, unter denen sie in den digitalen Auktionen auftreten. Durch diesen Nutzernamen sind zumindest zwei von ihnen als Neonazis zu erkennen. „Froggy88“ - die 8 steht für H, den achten Buchstaben des Alphabets, 88 für das strafbare „Heil Hitler“ - versteigert das Screwdriver-Album „19th (nervous) Breakdown 7“; der Nutzer „BöhserOnkel88“ bietet einen Demo-Mix seiner Lieblingsband. Die elf Tracks der „selbst gebrannt(en)“ CD stammen aus den frühen rechtsextremistischen Jahren der Onkelz (1982-1984). Von den Böhsen Onkelz versteigert eine weitere Nutzerin die CD „Der nette Mann“, die auf Beschluss des Amtsgerichts Schwäbisch Hall im Mai 1993 wegen Gewaltdarstellung beschlagnahmt wurde. Darüber hinaus tauchen verschiedentlich CDs in den Auktionen auf, die die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert hat. Dies gilt beispielsweise für die On-

kelz-CD „Hässlich“ vom lange Zeit führenden deutschen Label für rechtsextreme Tonträger Rock-O-Rama. Nach dem „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ dürfen indizierte Materialien für Jugendliche nicht zugänglich gemacht oder beworben werden. Die Bundesprüfstelle teilte auf Nachfrage mit, dass sie inzwischen Strafanzeige gegen eBay gestellt hat. Sie verweist auf die Gesetzesnovelle vom August 1998, die festlegt, dass Minderjährige im Internet nicht auf jugendgefährdende Materialien hingewiesen werden dürfen.

Eindeutig verstößt die Versteigerung indizierter Medien gegen die eigenen Nutzungsbedingungen von eBay. Jugendgefährdende Schriften sind in der „Liste verbotener Waren“ ausdrücklich erwähnt. Nicht versteigert werden dürfen ferner „Propagandaartikel und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, insbesondere nationalsozialistische Artikel und Artikel mit nationalsozialistischen Bezügen“. Eine genaue Überprüfung scheint nicht stattzufinden. In den Auktionen kommen Waren vor, die einen eindeutigen NS-Bezug aufweisen und wohl als jugendgefährdend eingeschätzt werden müssen. Mehrere Hitler-Reden („Hitler spricht ‚Gebt mir vier Jahre Zeit‘“) sind zu haben sowie die Goebbels-Rede im Berliner Sportpalast („Wollt Ihr den totalen Krieg“) vom Februar 1943.

Nicht alle Nutzer, die solche Materialien anbieten, sind auch Anhänger. Manche deuten jedoch Zustimmung an. So bietet der Nutzer „Fox1“ ein Buch David Irvings über die Nürnberger Prozesse an, das 1982 erschienen ist und beschreibt es mit der knappen Bemerkung „hinter den Kulissen der Siegerjustiz“. Gegen Höchstgebot ist auch das Irving-Buch „Der Untergang Dresdens“ (1963) zu haben. In seiner Artikelkurzbeschreibung übertreibt der Nutzer „ochsenbuch1“ das Ausmaß des Bombardements („In Dresden starben mehr Menschen als durch die Atombombe in Hiroshima“) und lobt den Autor Irving („Dieser Bericht antwortet offen.“) Auch der rechtsextremistische Esoteriker Jan Udo Holey (alias Jan van Helsing) - kann online ersteigert werden, zuletzt das so genannte „Buch 3“ („Der Dritte Planet, Der Dritte Weltkrieg. Das Dritte Millennium“), das im Ewertverlag erschienen ist. Anbieter „Lordwynton“ scheint sich die Lektüre des Bandes erspart zu haben, er versteigert ihn im original verschweißten Zustand.

Die eBay International AG hat auf eine entsprechende Anfrage des „blick nach rechts“ bisher nicht reagiert.

Thomas Pfeiffer

Aus der Szene

Ein neues Hetendorf?

Zwischen Neonazis aus Hamburg und dem Raum Lüneburg gibt es enge Verbindungen. Ein unlängst erworbenes Anwesen in der Heide wird offenbar zum braunen Schulungszentrum ausgebaut.

Die militante Neonazi-Szene in Norddeutschland vernetzt sich immer professioneller. Die Verfassungsschutzbehörden in Mecklenburg-Vorpommern, in Hamburg und in Niedersachsen sind im Bilde darüber und zugleich in Sorge. Jüngster erst jetzt bekannt gewordener Coup der so genannten „Freien Nationalisten“ um Christian Worch aus Hamburg: Sein Weggefährte Thomas „Steiner“ Wulff (Hamburg) und Michael Grewe (Bad Bevensen bei Lüneburg) haben nahe der Elbe abseits der Bundesstraße 195 bei Boizenburg ein heruntergekommenes Anwesen erworben. Das ehemalige Herrenhaus in Amholz, was zur Gemeinde Teldau gehört, hat für angeblich 300 000 Mark mit dem Neonazi-Duo neue Besitzer bekommen. Jetzt wird spekuliert, ob hier ein neues Schulungszentrum nach dem Modell Hetendorf entstehen soll. An den Wochenenden kann man fleißige Kameraden vor Ort bei Renovierungsarbeiten beobachten. Schäferhunde vertreiben ungebetenen Besuch.

Im vergangenen Sommer hat es dort nach Aussage von Niedersachsens Verfassungsschutzsprecher Rüdiger Hesse eine Sonnenwendfeier gegeben. Schon im April 1999 fand dort eine (Hitler-?)Party statt. Für eine infrastrukturelle Umorientierung spricht auch die Tatsache, dass der FSN-Zentralversand („Frei - Sozial - National“), für den im Neonazi-Blatt „Zentralorgan“ geworben wird, seinen Sitz in die neue Immobilie gelegt hat und postalisch über ein Postfach im nahe gelegenen Boizenburg zu erreichen ist. Das trifft auch für die Organisation „Braunes Kreuz“ zu, einem meist weiblichen Sanitätsdienst bei rechtsextremen Demonstrationen, der aus dem Kreis der „Skingirls Freundeskreis Deutschland“ (SFD) entstanden ist. An deren Aufbau waren federführend beteiligt: Stevie Berisha und Cathleen Grewe.

Neben Michael und Cathleen Grewe gehören noch Hans, Sven und Iris, die Ehefrau von Michael, zum „Grewe-Clan“. Thomas Wulff, Ex-Führer der verbotenen Organisation Nationale Liste, und Mich-

ael Grewe kennen sich aus alten Skinhead-Tagen in Hamburg-Lohbrügge. Bei einer Hausdurchsuchung in Grewes Anwesen wurde 1997 ein ganzes Waffenarsenal gefunden. Dafür erhielt Grewe 1998 eine Bewährungsstrafe. Bei Aufmärschen in Lüneburg fehlte Michael Grewe ebenso wenig wie sein Bruder Sven, der die Leitung der Sektion „Hammerskins Nordmark“ inne hat. Als Bekenntnis zu seiner Gesinnung hat sich Sven Grewe am Kopf eine Tätowierung mit dem Hammerskin-Symbol (gekreuzte Zimmermann-Hämmer) zugelegt.

Hans und Michael Grewe verlegten den Skinhead-Devotionalien-Laden „Buy or Die“ 1998 von Hamburg nach Lüneburg. Dort hat jetzt Christian Sternberg das Sagen. Unter dem Ladentisch ist bei dem Hammerskin-Anhänger alles zu bekommen. Das gilt auch für den in direkter Nachbarschaft der Lüneburger Innenstadt liegenden Laden „Olli's Musikbox“, dessen Inhaber Oliver Beyer ist. Der Treppen des Geschäfts ist mit einer Fahne der bekannten braunen Musikgruppe „Skrewdriver“ geschmückt. Auch das Tätowierstudio „Black Grow“ in Lüneburg macht aus seinen rechtsextremen Sympathien keinen Hehl. Der Betreiber B. Plagemann freut sich über Kundschaft aus der Neonazi-Szene und gab dem Hammerskin-Blättchen „Warhead“ ein Interview.

Die enge Verbindung von „Freien Nationalisten“ aus Hamburg und dem Raum Lüneburg ist unverkennbar. Die Gruppierung aus der Region Lüneburg/Uelzen nennt sich „Trupp 16“. Die 16 war die Ziffer der dortigen SA-Abteilung während des Nationalsozialismus in Deutschland. Entsprechend bezeichnen sich Neonazi-Kader in Hamburg als „Sturm 15 Lohbrügge“.

Erstmals hatte die Staatsanwaltschaft in Hamburg Anfang des Jahres ein Auge auf das neue Objekt in Amholz geworfen. Im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die antisemitische und rassistische Schrift „Zentralorgan“ (s. BNR 2/00) gab es eine Hausdurchsuchung. Gefunden wurde auf den ersten Blick allerdings nichts, was einen Straftatbestand erfüllen könnte. In der Nachbarschaft des alten Schlosses herrscht noch Gleichgültigkeit. „Die lassen uns in Ruhe und wir kümmern uns nicht um sie“, hört man dort auf Nachfrage. Und auch dem Bürgermeister von Teldau, Paul Klein, ist das Thema eher peinlich: „Ich halte mich da raus.“ Noch haben die neuen Besitzer offenbar vor Ort ein intaktes „Saubermann-Image“.

B. Ohne

Aus der Szene

Aufruf zum Terror

In dem braunen Blättchen „Der Wehrwolf“ wird unverblümt Gewalt propagiert. Die Spuren weisen auch nach den Niederlanden zum harten Kern der Neonazi-Szene.

Der militante Neonazi Stefan Michael Bar (23) ruft in seinem Anti-Antifa-Blatt „Der Wehrwolf“ („Stoppt Rotfront-, Dämonen und Zionistenterror!! Kampf der Reaktion“) unverhohlen zum „Kampf“ auf. Als „historisches Vorbild“ hierfür bezeichnet er den „politischen Soldaten“. Gemeint ist die einstige SA unter der Führung von Ernst Röhm, der wegen seiner Homosexualität stark umstritten in der NS-Bewegung war. Bar, dessen Idol der an Aids verstorbene Neonazi-Führer Michael Kühnen ist, erklärt weiterhin im „Wehrwolf“: „Wir führen keine vom System kriminalisierte, verbotene NS-Partei oder Organisation weiter, sondern gehen, die Reihen fest geschlossen, neue, revolutionäre Wege! Primäres Ziel ist, wirksame Widerstandskämpfer auszubilden und Dämonen wo auch immer zu trotzen.“ Für Bar, derzeit führender Aktivist in Sachen neonazistischer Feindausspähung, heißt das im Klartext: „Wir reden nicht vom Kampf - Wir kämpfen!“

Veröffentlicht sind im rund 20 Seiten umfassenden „Wehrwolf“ unter anderen die Adressen, Telefonnummern und Fotos von führenden SPD-Politikern, der Landesgeschäftsstellen der VVN/BdA, sogenannter „linksradikaler“ Infoläden sowie auch der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik. Mehrere Repräsentanten des öffentlichen Lebens werden namentlich an den Pranger gestellt. Solidarisch zeigt sich „Der Wehrwolf“ mit den von ihm so bezeichneten „Wehrwölfen der Tat“. Darunter befinden sich die Nazi-Kriegsverbrecher Josef Schwammberger und Erich Priebke, die Südtirol-Separatistin Karola Unterkircher, der Neonazi-Mörder Jens-Werner Klocke und die Rechtsterroristen Timothy McVeigh und Steven Symrek.

Inhaber des von Bar angegebenen Postfaches in den Niederlanden ist der einstige Kühnen-Gefährte Eite Homan, Kopf der dortigen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS). Gegen Michael Bar, der unter anderem wegen Volksverhetzung und Schändung jüdischer Friedhöfe vorbestraft ist, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. A.M.

Hintergrund

„Mythos Dresden“

Neben dem offiziellen Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar konnte auch die extreme Rechte ungestört demonstrieren. An der Spitze mit einem Kranz dabei waren Franz Schönhuber und Horst Mahler.

Als die „Csárdásfürstin“ in der Inszenierung von Peter Konwitschny Ende Dezember in Dresden Premiere hatte, lag Skandal in der Luft. Konwitschny hatte die Operette aus dem Jahre 1915 in ihre Zeit versetzt: Es gibt Zerstörung und Tod, Granaten und Hitler. „Man hätte diese Premiere“, so hieß es in einem Kommentar des Deutschlandfunks, „mit ihrer tieflotenden Ernsthaftigkeit ohne Zögern auf die Gedächtnis-Woche der Dresdner Bombenzerstörung im Februar legen können.“ Die Kritik an der Aufführung kam von der veröffentlichten Meinung, insbesondere der einer Boulevardzeitung. So wurde das Ganze ein Fall für die Justiz, was ein anschauliches Beispiel für das Klima in der Stadt ist. „Stalingrad-Kriegsteilnehmer melden sich jetzt in Zeitungszuschriften zu Wort“, vermerkt der Kommentator weiter. „Anderswo würde eine solche Aufführung allerdings kaum so erbittert angefeindet. Freilich gibt es in Dresden eine Gedächtniskultur bezüglich des 13. Februar, die neu zu hinterfragen wäre. Konwitschnys Inszenierung könnte da ein Beitrag sein.“

Doch ein Nachdenken über die Verstrickungen der Stadt und ihrer Bewohner in der Zeit von 1933 bis '45 fand auch in diesem Jahr nur ganz am Rande in fast unbeachteten Veranstaltungen statt. Kaum jemand wollte wissen, dass diese Stadt die meisten NSDAP-Mitglieder pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland hatte. Oder dass die reichsweit letzte Nazi-Zeitung noch am 7. Mai 1945, also fast ein Vierteljahr nach der Bombardierung, hier gedruckt wurde. Lediglich der Einmarsch der Roten Armee am Tag darauf verhinderte die Auslieferung. Oder dass den letzten mehr als 200 noch verbliebenen Juden im Regierungsbezirk Dresden, die in den nächsten Tagen in die Vernichtung gebracht werden sollten, die Bombardierung das Leben rettete (siehe BNR 24/99).

Und die Stadt Dresden organisierte auch dieses Jahr den Weiterbestand „Mythos Dresden“, indem im

Vorfeld alle nicht genehmen Veranstaltungen, zum Teil ohne deren Inhalt zu kennen, im Umfeld der Frauenkirche mit Verbot belegt oder abgedrängt wurden. So kam es, dass Organisationen wie die Naturfreundejugend oder die Jusos in eins gesetzt wurden mit der geschichtsrevisionistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO). Wie einfach die Gedankengänge dabei sind, zeigt ein Kommentar der eingangs erwähnten Boulevardzeitung: „Und leider heben nun auch schon jene ihre Köpfe, denen für Aufmerksamkeit jedes Mittel recht ist. Rechte und linke Gruppen melden Protest an, von Demonstrationen und Gewalt ist die Rede. Von Trauer und Besinnung sprechen diese Chaoten nicht - deshalb haben sie am 13. Februar in unserer Stadt nichts zu suchen. Das sind wir den Bombenopfern schuldig.“ - Die „Gewalt“ von Jusos und anderen „Chaoten“ sollte darin bestehen, an mehreren öffentlichen Plätzen in der Innenstadt eine zehnminütige, tonlose Filmschleife mit kontrastierenden Aufnahmen aus der Nazi-Zeit zu zeigen. Ohne Transparente, Handzettel und Parolen. Und ohne vorherige Werbung.

An den Erfolg vom vergangenen Jahr, als mehrere Parteien und Organisationen des rechtsextremen Spektrums öffentlichkeitswirksam den 13. Februar für sich nutzten, versuchte die NPD anzuknüpfen. Zu einem Dresden-Special kam man auf der Homepage des Dresdner KV, wenn man der Eingangsadresse das Kürzel „holo“ anhängte. So wurde der Holocaust zu einem Verbrechen an den Dresdnern.

Für die zentrale Veranstaltung zum „Gedenken an die Opfer des Bombenterrors“ war wie bereits im vergangenen Jahr Alexander Kleber, der Chef der sächsischen JLO verantwortlich. Damals hatte er in der ihm eigenen Orthografie an den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern geschrieben: „Heil Euch Kameraden!... Sehen wir uns am 13. Februar in Dresden zur Demo. Kein Vergeben kein Vergessen. Wann werden die wahren Täter gefaßt?... Alexander und alle Kameraden der Taverne JLO-Sachsen, radikal, sozial, national“. Bereits Anfang Februar 1999, so der PDS-Landtagsabgeordnete Uwe Adamczyk, der sich seit Jahren mit dem rechten Treiben um den 13. Februar und der JLO beschäftigt, hatte Klebers Gruppe für eine Veranstaltung mit einem antisemitischen Bild aus dem Jahre 1907 geworben: Ein durch Stereotype als Jude dargestellter Mann mit einem Messer in der linken und einem auf den Betrachter gerichteten Revolver in der rechten Hand. Die JLO ergänzte das Bild durch Stern sowie Hammer und Sichel. Überschriften ist

das Bild mit dem Veranstaltungstitel „Schwarzbuch des Kommunismus“, wobei aus dem Wort „Kommunismus“ Blut fließt. „Ein eindeutiger Hinweis auf eine halluzinierte jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, so Adamczyk, der diesen Vorgang öffentlich machte.

Die JLO hat seit 1993 im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens immer wieder auf sich aufmerksam gemacht, so mit dem „Extrablatt“ ihrer Zeitschrift Fritz. Dort heißt es: „Für uns ist Dresden der Höhepunkt einer Vernichtungspolitik gegen den östlichen Teil Deutschlands, die mit dem Massenmord und beispielloser Kulturzerstörung einen Teil Deutschlands ausstrahlt hat.“

Diese langjährige Kampagne, ergänzt um personelle Zusammenarbeit und Überschneidungen mit der NPD oder der Wanderjugend Gibor, mit ihrem bisherigen Höhepunkt im vergangenen Jahr, sollte in diesem Jahr fortgesetzt werden. Und so trafen sich beim Gedenkmarsch für die „Opfer des Bombenterrors“ unter anderen die NPD, die Skinheads Sächsische Schweiz und Promis wie der rechtsextreme Verleger Gerd Sudholt. An ihrer Spitze liefen Franz Schönhuber und Horst Mahler mit einem Kranz. Ihnen zur Seite Alexander Kleber. Die über 500 Demonstranten, deren Zug makabrerweise wie schon der NPD-Aufmarsch anlässlich der Wehrmachts-Ausstellung nahe der 1938 zerstörten Synagoge vorbeiführte, waren der regionalen Presse wie auch den Korrespondenten der überregionalen Medien keine Meldung wert. Noch letztes Jahr hatten verschiedene Zeitungen über die Aktionen der alten und jungen Rechten berichtet. Diesmal aber sollte der Tag als Tag der Versöhnung mit Gästen wie Gerhard Schröder, Kurt Biedenkopf oder dem Herzog von Kent weltweit vermeldet werden, da konnte die Wirklichkeit nur stören.

Bereits am Morgen waren Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Dresden an der traditionellen Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof beteiligt, allerdings erst im Anschluss an den öffentlichen Akt. Während sich am Nachmittag einige der späteren Demonstranten wie immer in der Gaststätte „Lübecker Eck“ zum Vortrag trafen, waren andere vor der Frauenkirche. Während der Übergabe des neuen Kuppelkreuzes durch den British Dresden Trust für die Kirche, zeigten die Männer ihre Meinung per Transparent „Dies war kein Krieg, das war Mord. Wir vergessen nie“. Keiner der 15 000 Umherstehenden griff ein, erst Minuten später beendete die Polizei die Aktion.

Lukas Kilian

Hintergrund**Polen ohne Juden**

In dem Staat, der vor dem Zweiten Weltkrieg den größten jüdischen Bevölkerungsanteil überhaupt hatte, leben heute nur noch wenige Tausend Juden.

Die polnische Hauptstadt Warschau bekommt ein „Museum der Geschichte der polnischen Juden“. Die Bauarbeiten sollen im kommenden Jahr auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos beginnen. 20 000 Objekte seien bereits gesammelt worden, heißt es in Zeitungen. Der Direktor des geplanten Museums, Jerzy Halbersztadt, hat inzwischen mit dem amerikanischen Architekten Frank Gehry verhandelt, dessen Eltern aus Lodz stammen und die rechtzeitig vor dem Überfall der Nazis emigrieren konnten.

Jüdische Museen gibt es auch in der Bundesrepublik. So wird wohl bald in Köln in unmittelbarer Nähe des alten Rathauses ein solches Museum entstehen - allerdings ohne direkte Beteiligung der Kölner Juden. Die stehen nämlich auf dem Standpunkt, kein Museum zu benötigen, weil die Synagogengemeinde kein Museumsobjekt, sondern lebendiger Teil der ganzen Stadt ist. Völlig anders stellt sich die Lage in Berlin dar. Dort hat der amerikanische Architekt Daniel Libeskind ein Jüdisches Museum gebaut, in dem es allerdings außer dem Gebäude noch nichts zu sehen gibt. Die Exponate werden erst nach und nach zusammenkommen. Trotzdem ist der Ansturm der Besucher bereits jetzt so enorm, dass Klimaanlage, Heizung und dergleichen ersetzt werden müssen, damit die Ausstellungsstücke demnächst keinen Schaden nehmen.

In Polen sind die Voraussetzungen für eine große Sammlung anders. Allein in Warschau lebten vor dem Zweiten Weltkrieg 300 000 Juden. Es war die größte jüdische Gemeinde Europas. In ganz Polen gab es 3,5 Millionen Juden. Das waren mehr als in jedem anderen Land der Erde. Und heute? Fragt man Anatol Kaszen, den stellvertretenden Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Wroclaw - früher Breslau -, dann antwortet er: „Die Rechtsextremisten sagen drei Millionen, Archive gehen von 100 000 aus, in Wirklichkeit sind es allenfalls einige Tausend.“ Das polnische Staatsgebiet hatten die Nazis zum Schlachthaus Europas gemacht. Al-

le Vernichtungslager befanden sich dort: Belzec, Sobibor, Treblinka, Majdanek, Chelmno, Auschwitz. Von den 3,5 Millionen polnischen Juden lebten bei der Befreiung noch 380 000. Sie tauchten aus den Wäldern oder anderen Verstecken wieder auf, kamen von Partisanengruppen zurück, kehrten aus den KZ's heim oder aus der Roten Armee, in der sie gegen die Nazis gekämpft hatten. Ihre Heimat war freilich alles andere als ein zwar zerstörtes, aber friedliches Land wie etwa die Besatzungszonen in Deutschland. Es tobte vielmehr ein blutiger Bürgerkrieg zwischen den Anhängern der neuen, von Moskau aufgezwungenen kommunistischen Regierung und Gruppen, die ein unabhängiges, freies Polen wollten. Rechtsextreme Splittergruppen hetzten gegen Juden, weil viele die Rote Armee bei ihrem Einmarsch in Ostpolen im Herbst 1939 begrüßt hätten. Historisch trifft das zu, doch freuten sich die Juden nicht über die neue Besatzungsmacht, sondern darüber, dass es die Sowjets und nicht die Nazis waren.

■ **Antizionismus als Programm** ■

Einen ersten grässlichen Höhepunkt, so kürzlich Anatol Kaszem während einer Tagung im früheren Kreisau nahe Wroclaw, erreichten judenfeindliche Ausschreitungen im Juli 1946 in Kielce. 42 Juden, unter ihnen schwangere Frauen und Kinder, wurden vom Pöbel umgebracht, während Polizei und Miliz tatenlos zusahen. Mindestens 200 Männer waren an dem Blutbad beteiligt, elf wurden zum Tode verurteilt.

Kaszem sprach vor polnischen und deutschen Lehrern aus drei Bundesländern und Woiwodschaften, die mit ihren Schülern Projekte zum Thema „Die Juden und wir“ vorbereiten. Die Arbeiten wollen die Lehrer und Schüler im Herbst in einer Ausstellung in Kreisau der Öffentlichkeit präsentieren. In Kreisau gibt es seit zwei Jahren eine große polnisch-deutsche Jugendbegegnungsstätte. Den Bau hatten im November 1989 der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl beschlossen. Ihre Wahl fiel auf Kreisau, weil dort Angehörige des deutschen Widerstandes um Helmuth Graf Moltke das Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereitet hatten.

Für die jüdische Gemeinschaft geriet der Pogrom von Kielce zum Trauma. In hellen Scharen flüchteten sie gen Westen. Ende 1947 gab es in Polen nur noch 80 000 Juden. Die Regierung in Warschau

versuchte zwar, vor allem mit Blick auf Westeuropa, den Juden entgegenzukommen. Es wurden jüdische Einrichtungen wie ein Dokumentationszentrum, kulturelle und soziale Einrichtungen geschaffen, aber nur für kurze Zeit, so Kaszem. Schon 1950 löste das Zentralkomitee der Polnischen Arbeiterpartei PAP alle jüdischen Einrichtungen auf und beschlagnahmte deren Vermögen, das heute auf 100 Millionen US-Dollar geschätzt wird. Das Geld sei nach der Befreiung vor allem von amerikanischen jüdischen Organisationen gespendet worden, um der jüdischen Gemeinschaft Polens zu helfen.

■ Mit Texten aus dem „Stürmer“ vertrieben ■

Der nächste Schock folgte 1956. Regierung und Zentralkomitee machten den als Antizionismus getarnten Antisemitismus zu ihrem offiziellen Programm, erlaubten allerdings gleichzeitig die Auswanderung nach Israel. So schrumpfte die jüdische Gemeinschaft auf nur noch 40 000 Frauen und Männer. 1967 setzte eine offizielle Hetze gegen Juden ein - eine Folge des Sechs-Tage-Krieges im Nahen Osten. Mit judenfeindlichen Karikaturen und Texten ausgerechnet aus dem Nazi-Hetzblatt „Der Stürmer“ von Julius Streicher wurde landesweit Stimmung gegen die Juden gemacht, so dass jeder Jude das Land verließ, der das konnte. „Damit war die jüdische Gemeinschaft in Polen aufgelöst“, so Kaszem. Anfang der 80er Jahre gab es Versuche, diese Gemeinschaft neu zu beleben. Der Schriftsteller Bashevis Singer konnte Romane veröffentlichen, in einzelnen Woiwodschaftsstädten bildeten sich winzige jüdische Gemeinden, eine berühmte steinreiche jüdische Stiftung aus den USA investierte in jüdische Schulen, Kindergärten und Seminare zur Ausbildung von Rabbinern.

1998 wurde ein Teil des beschlagnahmten Vermögens zurückgegeben, was große Teile der Bevölkerung kritisierten. Der Vorschlag der Regierung, alle polnischen Juden zu entschädigen, stieß auf einhellige Ablehnung im zuständigen Ausschuss des Sejm, also des Parlaments. Heute leben 98 Prozent der polnischen Juden in Mischehen, wodurch jüdische Religion meistens endet. Die Gemeinden sind völlig überaltert und haben weder Rabbiner noch Kantoren. Ihr Ende ist in Sicht. Was Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen erreichen wollte - Polen „judenfrei“ zu machen - dürfte zu Beginn des neuen Jahrtausends bald Wirklichkeit sein. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten

Versuchter Mord

Fünf rechte Jugendliche müssen sich wegen einer brutalen Gewalttat vor einem Obersten Gericht verantworten.

Seit Anfang der Woche wird durch das Oberlandesgericht von Rostock in Stralsund gegen fünf rechtsgerichtete junge Männer verhandelt, die am Morgen des 22. August 1999 nach einem Volksfest in Eggesin (Kreis Uecker-Randow) zwei Vietnamesen brutal attackierten und diese mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen hilflos zurückließen. Bei den Angeklagten handelt es sich um eine Clique von fünf rechtsorientierten Aktivisten im Alter von 15 bis 20 Jahren. Die Generalbundesanwaltschaft hatte das Verfahren an sich gezogen, da sie das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland durch diese Gewalttat gefährdet sah. Vorerst sind fünf Verhandlungswochen anberaumt. Einer der Angeklagten wird durch prominenten juristischen Beistand betreut: Die Kanzlei Rolf Bossi aus München wurde mit der Verteidigung beauftragt. Bossi verteidigte seinerzeit auch Lars Christiansen, einen der Mölln-Attentäter, eher er im Laufe des Prozesses sein Mandat niederlegte.

In Eggesin herrschte direkt nach der ausländerfeindlichen Gewalttat Entsetzen, da die angeklagten Täter aus meist gut situierten Verhältnissen stammen. Bei Hausdurchsuchungen wurde reichlich Neonazi-Propaganda bei ihnen gefunden. In welchen Zusammenhängen sie vor Ort steckten, wird möglicherweise im Prozess zu Sprache kommen. Die den Behörden als aktive Gruppierung vor Ort bekannte Organisation mit rechtsextremem Anstrich ist die National-Germanische Bruderschaft (NGB). Seit dem Vorfall im August vergangenen Jahres, der vom Generalbundesanwalt als gemeinschaftlich begangener versuchter Mord gewertet wird, wurde in der Region allerdings kaum ein Abflauen rechter Umtriebe erkennbar. Gewalttaten gab es zwar keine mehr, doch bis heute wurde auch kein Garagen-Mietverhältnis beendet - dem in mehreren Orten beliebten Treffpunkt der rechtsgerichteten Jugendlichen. Im Gegenteil: Offen werden bereits wieder Reichskriegsflaggen gezeigt und Hakenkreuze geschmiert, so wie Ende Januar im nahe gelegenen Torgelow geschehen. Dies passierte offenbar gezielt in der Nacht vor einer Demonstration der PDS-Jugend. *B. Ohne*

Aktivitäten**Rechter Splitter**

Ungestört fand am 11. Februar im „Kursaal“ in Stuttgart-Bad Cannstatt ein internes Arbeitstreffen der Deutschland-Bewegung (DB) statt. Vor Ort war weder die lokale Antifa, noch offiziell die Polizei vertreten.

Eingeladen dazu hatte der 63-jährige Steuerfachmann Helmut Krüger, DB-Regionalsprecher für Stuttgart und Kreis Ludwigsburg und einer der Köpfe des „Förderkreises Deutschland-Bewegung“. Krüger, Mitglied des extrem rechten Cannstatter Kreises hat zu Beginn des Jahres den Republikanern den Rücken gekehrt. Er wirft, so die „Ludwigsburger Kreiszeitung“, den REP vor, die aktuelle politische Lage mit Parteispenden und steigenden Benzinpreisen nicht für sich zu nutzen. „Die REP seien zu einem „Hindernis für alle geworden, die kämpfen wollten für eine bessere Politik in Deutschland“, so Krüger.

Angetreten, um eine „bessere Politik“ zu machen, waren beim DB-Arbeitstreffen etwa 25 vorwiegend männliche Personen im Alter von 40 Jahren aufwärts. Diskutiert wurde die Gründung einer „Deutschen Aufbau-Organisation“ (identische Postfachadresse wie die des „Friedenskomitees 2000“), „deren Aufgabe es ist, die Voraussetzungen für eine gemeinsame deutsche Partei des patriotischen Spektrums zu gestalten.“

Einig waren sich die DB-Teilnehmer in der Einschätzung darüber, dass die Parteien „abgewirtschaftet“ hätten. Alfred Mechttersheimer stellte in der aktuellen Ausgabe von „Frieden 2000“, den „Nachrichten für die Deutschland-Bewegung“ dazu fest, dass das Parteiensystem „am Ende“ sei. Die DB-Aktivisten, fast alle aus dem Großraum Stuttgart angereist, entstammen vorwiegend extrem rechten Organisationen wie „Deutsches Seminar“ oder „Ein Herz für Deutschland“. Anwesend waren neben anderen der notorische Vielgründer Martin Pape, Ulrich Ruth (Ex-NPD-Funktionär), Bernhard Gartner-Volkman (Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“ und „Junge Freiheit“) oder Ottmar Riess. Entschuldigt waren der bundesweit bekannte Rechtsextremist Hans Ulrich Kopp, Walter Staffa (Funktionär des revanchistischen Witikobundes) sowie Susanne Zeller-Hirzel (Leserbriefschreiberin in der JF).

Dieser Versuch der Gründung einer neuen Organisation wird zweifelsohne zur weiteren Zersplitterung des rechtsextremen Lagers beitragen. A.M.

Seitenblick**Historischer Auftritt**

Zu den selbstverständlichen Reisen eines Bundespräsidenten gehört ein Staatsbesuch in Israel. Aber nur Johannes Rau durfte bisher in der Knesseth sprechen und sagte: „Im Angesicht des Volkes Israel verneige ich mich in Demut vor den Ermordeten, die keine Gräber haben, an denen ich sie um Vergebung bitten könnte. Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unserer Kinder und Kindeskindern willen, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte.“

Als Rau das am 16. Februar sagte, hätte man die Nadel zu Boden fallen hören, so still war es im Parlament in Jerusalem. Dabei hatte es vor der Sondersitzung der Knesseth durchaus stürmische Auseinandersetzungen gegeben, und als Israels Staatspräsident Ezer Weizman Rau in den Sitzungssaal geleitete, saßen höchstens 50 der 120 Parlamentarier auf ihren Plätzen. Einige hatten angekündigt, auf keinen Fall der Sitzung beiwohnen zu wollen. Deutsch in der Knesseth, das sei eine Beleidigung der Shoa-Opfer. Doch als Rau zu reden begann, waren doch zwei Drittel der Abgeordneten anwesend, die ihn am Ende mit höflichem Beifall bedachten. Am Inhalt seiner Worte konnte niemand ernsthaft Anstoß nehmen, etwa wenn er feststellte: „Es gibt kein Leben ohne Erinnerung. Das Schicksal der nachwachsenden Generationen verbindet sich immer mit dem Toten.“ Deutschland habe eben eine schwerere Vergangenheit als andere Völker. „Die persönliche Schuld mag der Täter mit ins Grab nehmen. Die Folgen einer Schuld, die die Grundlagen menschlicher Sittlichkeit erschüttert hat, tragen die nach ihm kommenden Generationen.“

33 mal war Johannes Rau bisher in Israel. Dort weiß man, was man an ihm hat. Avraham Burg, der Präsident der Knesseth, nannte ihn zu Beginn der Sitzung den „größten Freund Israels“ in Europa. Rau enttäuschte nicht. Er erfüllte vielmehr den Wunsch, den Elie Wiesel wenige Tage zuvor während der Holocaust-Gedenkstunde im Bundestag geäußert hatte: Deutschland möge Israel um Vergebung bitten. Die israelischen Medien haben Rau und dessen Rede gelobt. Sie hat vermutliche historische Bedeutung, so wie die seines Amtsvorgängers Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985. Rau hat sich an diesem Tag um Deutschland, aber wohl auch um Israel und die Jugend beider Staaten verdient gemacht. Heiner Lichtenstein

Ausland

Eine Spitzentruppe

Die meisten der neuen FPÖ-Minister haben Verbindungen zum extrem rechten Lager - wie im übrigen Parteichef Jörg Haider selbst.

„Deutschland bräuchte eine Partei wie die Republikaner“ meinte der FPÖ-Chef Jörg Haider auf einem internen Treffen der ultrarechten Runde „Das Dienstags-Gespräch“ zum Thema „Freiheitliche Erneuerung für Österreich und für Europa“ am 18. Mai 1993 in Berlin.

Auf die Republikaner setzt Jörg Haider nun allerdings schon lange nicht mehr. Nach seiner zeitweiligen Unterstützung des Bund Freier Bürger fordert er nunmehr den Zusammenschluss aller rechten deutschen Bewegungen zu einer Partei. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ führte der Vorsitzende der österreichischen Freiheitlichen jüngst auf die Frage nach einer FPÖ in der Bundesrepublik aus: „Ich könnte mir vorstellen, dass natürlich jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt wäre. Wenn sich die zum Partikularismus und zum Eigenbrötlertum neigenden freiheitlichen Gruppierungen in Deutschland einigen würden, dann wäre das eine ganz bedeutende politische Kraft.“

Neben der „Jungen Freiheit“ ist Jörg Haider Interviewpartner von anderen extrem rechten Zeitschriften wie „Nation&Europa“, „Aula“, NHB-„Report“ (einstiges Organ der NPD-Studierendenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund). Haider ist auch Autor des rechtsextremen Hohenrain-Verlages und regelmäßiger Ehrengast bei den ewiggestrigen „Ulrichsbergtreffen“ bei Klagenfurt.

In Österreich hat Haider, dem die rechtsextreme Monatszeitschrift „Eckartbote“ im Januar zum 50. Geburtstag gratulierte, ein weiteres Etappenziel auf dem Weg zu seiner Kanzlerschaft erreicht: Die Koalition zwischen FPÖ und ÖVP ist perfekt.

Österreichs Staatspräsident Thomas Klestil musste zwei Kandidaten der FPÖ für Ministerposten wegen schwerer Bedenken ablehnen - und auch bei der jetzt amtierenden FPÖ-Ministerriege zeigen sich Bezüge zum extrem rechten Spektrum beziehungsweise solchem Gedankengut. FPÖ-Infrastrukturminister Michael Schmid überwies beispielsweise 1993 und 1994 der Monats-

zeitschrift „Aula“ aus dem FPÖ-Pressetat eine Spende von rund 21.500 Mark. „Aula“ wird von dem der FPÖ nahestehenden „Freiheitlichen Akademikerverband“ herausgegeben und wegen seiner rechtsextremen Ausrichtung von der Staatspolizei beobachtet. Im Herbst 1994 schrieb ein Autor unter dem Pseudonym „Hans Moser“ in „Aula“: „Die von den ‘Zeitzeugen‘ und ‘geständigen Tätern‘ geschilderten Massenvergasungen mittels Zyklon B können nach den Naturgesetzen und technischen Möglichkeiten so nicht stattgefunden haben.“

Autoren für „Aula“ sind unter anderen die FPÖ-Nationalratsabgeordneten Gerhard Kurzmann und Wolfgang Jung sowie die FPÖ-Landtagsabgeordneten Helmut Kowarik, Barbara Schöfnagel und Siegfried Dillersberger.

In einer Parlamentsdebatte verharmloste FPÖ-Justizminister Michael Krüger 1995 die KZs der Nazis als „Straflager“. Trotz Proteste im Saal weigerte sich Krüger, seine Äußerung zurückzunehmen.

FPÖ-Sozialministerin Elisabeth Sickl steht heute noch ihrem Sohn Heinrich mütterlich zur Seite. Der ist ehemaliger Aktivist der zwischenzeitlich verbotenen Nationalistischen Front und nahm an Protestmärschen gegen die Inhaftierung von Neonazis wie Gerd Honsik und Gottfried Küssel teil. Die neue österreichische Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ) weilte 1996 auf dem Stiftungsfest der ultrarechten Burschenschaft Suevia, deren Mitglied ihr Mann ist.

Prominente FPÖ-Politiker finden sich bei extrem rechten Burschenschaften; darunter auch Martin Graf, Nationalratsabgeordneter und FPÖ-Wissenschaftssprecher. Graf ist Mitglied der Burschenschaft Olympia. Diese beharrte als Vorsitzende der Deutschen Burschenschaft 1990 auf dem Standpunkt, „dass auch die Ostgebiete, Südtirol undso weiter alles deutsche Länder sind“. *Anton Maegerle*

Hinweis

Berlin - In der Jüdischen Gemeinde, Fasanenstraße 79/80, liest am 13. März um 20.00 Uhr Karin Friedrich aus „Zeitfunken“. Die Biografie einer Familie reicht von 1789 über die NS-Zeit bis in die Gegenwart. Karin Friedrich war schon als junges Mädchen gegen das NS-Regime aktiv. Ihre Mutter Ruth gründete während der Nazizeit in Berlin die „Gruppe Onkel Emil“, einen Helferkreis für jüdische Freunde und politisch Verfolgte.

Ausland

Weißer Minderheiten

Die Abkehr des US-amerikanischen Politikers David Duke von rassistischem Gedankengut scheint zweifelhaft.

Der extrem umtriebige amerikanische Rassist David Duke hat die Formation einer neuen Gruppe mit dem Namen „National Organization for European American Rights“ (N.O.F.E.A.R.) angekündigt. Nach Dukes Worten auf einer Pressekonferenz Ende Januar in Washington, DC sei hiermit eine längst überfällige Vertretung weißer Amerikaner europäischer Abstammung ins Leben gerufen, die sich offensiv gegen die Bevorzugung Nicht-Weißer auf allen gesellschaftlichen Ebenen einsetzt.

Bereits das Kürzel N.O.F.E.A.R. lässt ahnen, dass Duke hiermit ein Gegengewicht gegen die, wie er es nennt, anti-weiße Lobby in den USA setzen will. Auf seiner Internetseite ruft er alle Euro-Amerikaner auf, eben gerade jede Furcht vor dem offenen Eintreten für ihre Herkunft abzulegen, so wie es alle anderen ethnischen Gruppen in Amerika auch täten.

David Duke blickt auf eine mehr als dreißigjährige Karriere in der amerikanischen extremen Rechten zurück. Bereits als Student wurde Duke 1975 Führer der Knights of the Ku Klux Klan und rekrutierte zu dieser Zeit mehrere Schlüsselfiguren für den Klan, wie Tom Metzger, Don Black, James K. Warner und Louis Beam. Mit Tom Metzger als seinen Wahlkampfmanager kandidierte Duke im Herbst 1975 in Baton Rouge, Louisiana, für den Senat des Staates als Demokrat und konnte mit einer eindeutig rassistischen Plattform 33 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Nach einer Serie von mehr oder weniger erfolgreichen Wahlteilnahmen, gelang es David Duke im Jahre 1989 in einer Stichwahl mit 50,7 Prozent für zwei Jahre einen Sitz im Repräsentantenhaus von Louisiana zu gewinnen: diesmal als Republikaner.

Die National Organization for European American Rights stellt nun den neuesten politischen Schritt Dukes dar. Ausdrücklich als Gegenorganisation zur Schwarzenvertretung NAACP (National Association for the Advancement of Colored People) konzipiert, will sich Duke's N.O.F.E.A.R. vor allem gegen die bestehenden „hate crime“-Gesetze einsetzen. (Im Jahre 1990 wurde der sogenannte „Ha-

te Crime Statistics Act“ im Kongress verabschiedet, der festlegt, dass Straftaten, die aufgrund von Vorurteilen rassistischer, religiöser, sexistischer oder ethnischer Natur begangen werden“ in einem jährlichen Bericht zu veröffentlichen sind; Anm. d.Red.) Diese konstituierten Duke zufolge, ebenso wie die Minderheitenprogramme im Rahmen der „affirmative action“-Regelungen, eine nicht zunehmende Diskriminierung gegenüber weißen Amerikanern. In der Tat werden Verbrechen von Schwarzen gegen Weiße in den USA prinzipiell nicht als „hate crimes“ behandelt. Ebenso wenig kommen „Weiße“, egal ob sie arm sind oder in ihrer Kommune eine Minderheit bilden (wie in einigen Kommunen Kaliforniens) jemals in den Genuss von „affirmative action“-Programmen.

Mit der „hate crime“- und der „affirmative action“-Thematik versucht Duke eine in den USA viel diskutierte und emotional aufgeladene Diskussion, um rechtliche Schwachstellen für sich propagandistisch auszunutzen. So geriert er sich als „weißer Bürgerrechtler“, der aus Liebe zur eigenen Herkunft handelt - ein geschickt verkläusulierter Rassismus, wie man ihn auch von der „Neuen Rechten“ Europas (Stichwort: Ethnozentrismus) kennt. N.O.F.E.A.R. ist Dukes neuestes Vehikel, die Vorherrschaft für weiße Amerikaner und Publizität für sich selbst zu sichern.

Obwohl Duke sich öffentlich von seiner dezidiert rassistischen Vergangenheit im Ku Klux Klan distanziert und sogar gegenwärtig ein öffentliches Amt in der Republikanischen Partei als Vorsitzender des Distrikts St. Tammany, Louisiana, hält, zeichnet sowohl sein politischer Umgang als auch sein im Dezember 1998 veröffentlichtes Traktat „My Awakening. A Path to Racial Understanding“ ein anderes Bild. Dort versucht Duke auf 750 zumeist biographisch gehaltenen Seiten eine pseudowissenschaftliche Begründung für Rassentrennung, die „kulturelle Minderwertigkeit“ Schwarzer, für Antisemitismus und Homophobie zu liefern. Auch der Umstand, dass Duke bereits seit Mitte der 90er Jahre ein regelmäßiger Gast und Sprecher auf Veranstaltungen von William Pierce's rechtsextremer „National Alliance“ ist, lässt seine angebliche „Läuterung“ zweifelhaft erscheinen. In Deutschland bestehen des Weiteren seit vielen Jahren beste Beziehungen zu Männern wie Manfred Roeder und Roy Godenau, die noch im November 1998 durch einen Besuch Dukes beeehrt worden waren, der seinen politischen Weggefährten sein Werk „My Awakening“ vorstellte.

Thomas Grumke

Grauzone

Hessische Karrieren

Franz-Josef Reischmann wechselte von der hessischen CDU zum Bund Freier Bürger nach Thüringen und kandidierte auf der Liste der Republikaner für die Landtagswahlen im vergangenen Jahr.

Erst eine, dann zwei, dann ... So genau weiß das wohl niemand, auf wieviele Millionen sich die Unterschlagungen des ehemaligen Buchhalters der hessischen CDU letztlich summieren werden. War zunächst von einer Million aus der Kasse der Landespartei die Rede, die abhanden gekommen worden sein soll, so geht es inzwischen auch um beträchtliche Summen aus dem Bereich der Landtagsfraktion. Der betreffende Mitarbeiter hat inzwischen Hessen verlassen und in Thüringen Karriere gemacht. Eine politische diesmal. Den Umgang an große Summen gewohnt, wollte er sich nach seinem Wechsel nach Erfurt auch am Spiel um die Macht beteiligen. Franz-Josef Reischmann, der heute als Beruf Verkaufsleiter angibt, wurde 1998 Landesgeschäftsführer des Bund Freier Bürger in Thüringen und kandidierte für diese Partei für die Bundestagswahlen.

Doch seine wirklich große Stunde schlug im Folgejahr, als es ihm gelang, eine Reihe von Funktionären seiner neuen politischen Heimat auf der Landesliste der Republikaner zu etablieren. Für ihn selbst war der Listenplatz 2 vorbehalten, direkt hinter dem REP-Landesvorsitzenden Heinz-Joachim Schneider (Jena). Der Bundesverband des Bund Freier Bürger, der solche Bündnisse zum damaligen Zeitpunkt eigentlich ablehnte, dümpelte ohnehin ziemlich führungslos vor sich hin und war zum Eingreifen nicht in der Lage.

Bereits vor der Landtagswahl im September 1999 stellte sich allerdings heraus, dass Reischmann seine hessischen Gewohnheiten offenbar auch in Thüringen nicht abgelegt hatte. Genüsslich berichtete die NPD über ein innerhalb des BFB kursierendes Schreiben gegen den eigenen Spitzenmann bei der Landtagswahl. Dieser soll sich als ehemaliger Bundestagskandidat der CDU in Hessen und dortiger Landesgeschäftsführer ausgegeben haben. Nur dieser Schwindelei sei seine Nominierung zu erdanken. Von den Unterschlagungen war in dem Brief freilich keine Rede.

Reischmanns ehemaliger Chef, der hessische Landesschatzmeister Casimir Prinz Sayn-Wittgenstein, mag ihm auch politisch als Vorbild gedient haben. 1974, zwei Monate vor der hessischen Landtagswahl, gehörte Sayn-Wittgenstein zu den Mitbegründern der Konzentration Demokratischer Kräfte, die vehement gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition agitierte und alles als „radikal“ denunzierte, was auch nur Mitbestimmungsforderungen in der Wirtschaft betraf. Sayn-Wittgensteins Mitstreiter damals: ZDF-Journalist Gerhard Löwenthal, der umstrittene Professor Lothar Bösle, Schnapsfabrikant Ludwig Eckes und der hessische Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Busso von Alvensleben.

Diesen Kurs setzte der Prinz fort. In den achtziger Jahren war er Präsident der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, der wohl wichtigsten politischen Lobbyistengruppierung für das Rassistenregime. Gemeinsam mit Rechtsextremisten gehörte er zu den Unterzeichnern des Aufrufs „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 7.4.1995) und versprach Ende 1996, Anträge gegen das „Enteignungsunrecht“ in der CDU einzubringen. Indizien sprechen dafür, dass Sayn-Wittgenstein nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Schatzmeisters Kontakte zum hessischen Bund Freier Bürger pflegte. Dort hatte er schließlich alte Bekannte, so den ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Heiner Hofsommer.

Die Feststellung der „Jungen Freiheit“ ist zwar deutlich übertrieben, jedoch nicht völlig falsch, dass „der rechte Parteiflügel durch den ... Hessen-Skandal faktisch nicht mehr existiert“ (Ausgabe 7/00, S. 5). Immerhin dürften persönliche Zuwendungen an exponierte Vertreter des rechten Parteiflügels wie Erika Steinbach jetzt deutlich schwieriger zu bewerkstelligen sein. Doch natürlich existiert der rechte Parteiflügel noch immer. Auch in Hessen. Und dort noch immer so virulent, dass sich sogar die NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ (Ausgabe 2/00, S. 5) eines Lobes nicht enthalten mag. Positiv hervorgehoben wird der schulpolitische Sprecher der CDU im Landtag, Hans-Jürgen Irmer. In seiner Monatszeitung „Wetzlar-Kurier“ hatte Irmer gefordert, Entschädigungen für Zwangsarbeiter unter den Nazis dürfe es nur in Verbindung mit Entschädigungen für deutsche Zwangsarbeiter geben. Der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Bökel charakterisierte dies als Verteidigung und Beschönigung des Nationalsozialismus durch Irmer. Dieser bagatellisiere unsägliche Verbrechen.

Andreas P. Zaleshoff

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 6, 7/2000:**

Positiv bewertet JF-Chefredakteur Dieter Stein den Aufstieg Jörg Haiders und er hofft, dass dessen „demokratische Revolte die Alpen überspringen könnte“. Einen Vorgeschmack auf den europäischen Zentralstaat böten die „Methoden des Gesinnungsterrors, der Ausgrenzung, der Verleumdung, der Erpressung“, wie die EU-Staaten jetzt in bester imperialistischer Pose gegenüber Österreich vorgehen wollten (6,7/00). Heinrich Lummer empfindet Haiders „Entschuldigung“ - er meint wohl für die positive Würdigung der NS-Beschäftigungspolitik - als unnötig, denn „ein verbrecherisches System kann auch auf dem Arbeitsmarkt nützliche Ideen haben“, so Lummer (6/00). JF-Autor Richard Stoltz lamentiert, dass „normalsprachige Zeitgenossen“ - wie Haider - in Schröder-Deutschland unerwünscht seien. Wer ihnen gegenüber nicht in Hysterie ver falle, ein Fall für Verfassungsschutz und Staatsanwalt werde (7/00). Thorsten Thaler attackiert österreichische Kulturschaffende, die gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung protestierten. Diese würden um ihre staatlichen Zuschüsse und Aufführungsmöglichkeiten fürchten, da für die FPÖ auch „Freiheit der Kunst nicht ohne Verantwortung denkbar“ sei. Als Beleg für solche Ängste zitiert der JF-Autor passenderweise entsprechende diffamierende Passagen Haiders aus dessen Buch „Die Freiheit, die ich meine“ (7/00). Dankbar aufgegriffen und verstärkt wird die Kritik des US-amerikanischen Historikers Norman Finkelstein an der Jewish Claims Conference, die angeblich Gelder für Holocaust-Opfer zweckentfremdet habe. Suggestiert wird seitens der JF, dass der JCC sich auch aus dem Entschädigungstopf für Zwangsarbeiter bereichern wolle. Dem zum „Tabubruch“ entschlossenen amerikanischen Autor wünscht man einen „namhaften deutschen Verleger“ (6, 7/00). Ein „Reemtsma-Institut von rechts“ für „unabhängige Forschungs- und Bildungstätigkeit“ will Karlheinz Weißmann ins Leben rufen. Roland Baader beklagt in seinem Essay, dass hierzulande der Demokratie ein zu großer Stellenwert eingeräumt werde. Klaus Motschmann hofft, dass eine neue CDU die Erfahrungen der „missratenen 'geistig-moralischen Wende'“ berücksichtigen wird. Als Beispiel hierzu nennt er das Ehrenwort Helmut Kohls, das heute als „Ausdruck eines 'archaischen' Rechts- und Moralverständnisses“ gelte. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 2/2000:

Der Parteispendenskandal der CDU ist zumindest argumentativ ein Hilfe. In diesem Sinne macht N&E mit der Überschrift „Droht die Bananenrepublik?“ auf. Dies hatte in der Aussageform, wie Harald Neubauer in seinem Editorial nicht ohne Häme anmerkt, Manfred Rouhs 1994 noch eine Geldstrafe eingetragen. Wolfhart Berg habe drei Jahre später sein Buch „Bananenrepublik Deutschland/Korruption, der ganz alltägliche Skandal“ bereits ohne justiziellen Anstoß veröffentlichen können. Angesichts solch eingängiger Kritik verwundert die redaktionelle Langsamkeit, die die Hymne auf Jörg Haider mit seinem 50. Geburtstag enden lässt, der zur Illustration ein wunderliches Bild der päpstlichen Privataudienz beigegeben ist. Hinter (oder vor?) der Zeit ist Fritz Stenzel mit seinem Ausblick, „das Schlimmste aber, was dem FPÖ-Vorsitzenden passieren könnte, wäre eine Regierungsbeteiligung ohne wirkliche Handlungsfreiheit. Der Robin-Hood-Nimbus wäre im Nu dahin.“ Abgesehen von diesem halb-aktuellen Beitrag, bewegt sich auch dieses Heft entlang den bewährten Vorurteils mustern. Antisemitismus in Karl Richters krudem Text über Ambitionen Israels zum EU-Beitritt („Wie europäisch ist Israel?“), der aber eher gegen die Türkei gerichtet ist. Darein fügt sich der Beitrag über den neuen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden („Wird Paul Spiegel fremdgesteuert?“), wobei als Drahtzieher Michael Friedman ausgemacht wird. Dass man mit Juden aber positiv argumentieren kann, beginnt mit dem Vorwurf eines zionistischen Psychologen gegen ein „unrealistisches Schuldgefühl“ junger Deutscher. Und der Jude Philip Rosenthal wird sich verwundern, dass er gegen die Geschmacklosigkeit des „Stern“ verteidigt wird, der ihm vorgehalten hatte, er - der vor den Nazis ins Exil geflohen war - habe Zwangsarbeiter beschäftigt und weigere sich, sie zu entlohnen. Ähnlich vordergründig ist die Empörung über die Rolle der Niederlande gegenüber ihren Juden. Gegen die Feststellung, dass Deutschland in EU-Gremien unterrepräsentiert ist, wird man nichts einwenden können. Umso mehr dann gegen die ausländerfeindlichen Texte (Roland Wuttke: Migration - Deutschland zerstört sich selbst; Josef Rauenthal - „Fall Multikultiland“). Beklagt wird, dass - nun endlich - Erwin Guido Kolbenheyer nicht mehr erhalten darf, Straßen zu benennen. Mehrfach zu Wort kommen auch Hans Hirzel und Heiner Kappel. Franz Schönhubers Beitrag erweckt wieder den Eindruck, als rede er für sich selbst, diesmal mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalen und der Heldenverehrung. (khr)

Bücherschau**Hitlers Bewunderer**

Savitri Devi wurde 1905 in Lyon geboren. Ihre Mutter war Engländerin, ihr Vater Grieche. Ihr Geburtsname war Maximiani Portas. Inspiriert von ihrer nordeuropäisch-griechischen Abstammung ging sie nach Griechenland und später nach Indien, um vorchristlichen und arischen Traditionen nachzuspüren (die historischen Arier hatten im zweiten Jahrtausend v. Chr. in Nordindien geherrscht). Ihr angenommener Name Savitri Devi ist Ausdruck einer persönlichen Identität, die sie während ihrer Wanderstudien konstruierte. In Indien wurde sie zur überzeugten Hitleranhängerin und spionierte für die Achsenmächte. Sie hielt Hitler für einen Avatar, einen wiedergeborenen göttlichen Gesandten, und die SS für eine Elitetruppe, die stellvertretend den Kampf kosmischer Mächte auf Erden führte und deshalb grausam sein musste.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fuhr sie nach Europa und verteilte in Deutschland selbstgetippte Flugblätter, die zum Widerstand gegen die Besatzungsmächte aufriefen. Dafür warfen sie die Briten ins Gefängnis, wo sie sich mit verurteilten KZ-Wächterinnen anfreundete. Nach der Haftentlassung wiesen die britischen Behörden sie aus. 1981 kehrte sie, krank und fast blind, nach Deutschland zurück und starb 1982 in England, einer Zwischenstation auf einer geplanten Reise zu Hitleranhängern in den USA.

Savitri Devi nimmt mit ihrem Leben, ihren zahlreichen Büchern und ihrem Freundeskreis von führenden Nazis und Neonazis die krause Logik des heutigen sektiererischen Rechtsextremismus vorweg. Das gut recherchierte Kapitel über ihr politisches Netzwerk sucht in der deutschsprachigen Literatur seinesgleichen.

Savitri Devis Mythologisierungen waren der ideologische Kitt einer versprengten Truppe, der das Deutsche Reich als zugleich geographische Basis und geistiger Bezugspunkt verlorengegangen war. Ihre Schriften, von Goodrick-Clark getreulich wiedergegeben, sind die Blaupause für das Gemenge aus brauner Esoterik, Auschwitzleugnung und religiöser Hitlerbewunderung, das wir heute beispielsweise auf demselben Gang der Frankfurter Buchmesse und in Versandkatalogen finden.

Goodrick-Clark zeigt, dass Savitri Devi etwas vorwegnimmt, an dem sich die heutige Neue Rechte und braune Esoterik elend abmühen: Sie verknüpft

Kerngedanken des Nationalsozialismus (Erlösungsbewusstsein der arischen Rasse, Antisemitismus) mit der hinduistischen Tradition, die unschuldig-östlich, jedenfalls nicht die der Täter ist. Savitri Devi belegt, wie hochgradig projektiv diese Art der Hitlerbewunderung ist, die keiner eigenen Erfahrung entspringt und keine realisierbare Perspektive hat.

Der Autor schreibt in wissenschaftlich-distanziertem Gestus und stützt sich stark auf Savitri Devis eigene Texte. Sein Buch kann über lange Seiten hinweg von Rechtsextremisten goutiert werden. Es sollte nicht verwundern, wenn es - wie bereits sein „The Occult Roots of Nazism“ von einem rechten Verlag auf deutsch herausgebracht würde. Hätte der Autor sein Buch mit einem Kapitel über die internationale Rezeption Savitri Devis durch heutige rechtsextreme Sekten beendet, wäre diese Gefahr gebannt. Aber der Schritt von der akademischen Wissenschaft zur politischen Gegenwartsanalyse ist nicht Jedermanns Sache. *Friedrich-P. Heller*
Nicholas Goodrick-Clark: Hitler's Priestess: Savitri Devi, the Hindu-Aryan Myth, and Neonazism, New York University Press, 1998, 268 Seiten

Einsamer Judenretter

Der Film „Schindlers Liste“ lässt die Frage offen, wer der Mensch hinter der Filmfigur war. Dieter und Ursula Trautwein, ein Pfarrerehepaar, haben Schindler, auf dessen Namen sie in Israel gestoßen waren, 1967 nach einiger Mühe entdeckt und in einer Diskussionsveranstaltung zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Die Trautweins waren dem Retter von 1 200 Juden bis zu dessen Tod 1974 freundschaftlich verbunden. Schindler hat nach dem Krieg in Frankfurt „ein ganz trauriges, sehr einsames Leben geführt“. Trautweins Buch berichtet über Schindlers Leben vor und nach der von Spielbergs Film abgedeckten Zeit, über seine Handlungsmotive und seine Widersprüchlichkeit. Er zitiert Texte von und über Schindler. Hätte Schindler nicht einige treue Freunde und die von ihm Geretteten gehabt, wäre er in der ihm eher feindseligen deutschen Nachkriegsgesellschaft bald auf den Hund gekommen. Nachdem er tot war, ein Australier ein Buch über ihn geschrieben und Spielberg den Film gedreht hatte, ehrten die Deutschen ihn mit Empfängen und Plaketten. *F.-P. Heller*

Dieter Trautwein: Oskar Schindler: ... immer neue Geschichten, Sozietätsverlag Frankfurt/M. 2000, 330 S.

Meldungen

■ **Bad Pyrmont** - Die Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) hat auf einer Vorstandssitzung am 29. Januar in Bad Pyrmont beschlossen, dass die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) „nicht mehr Jugendorganisation“ der LMO ist. Ebenso wurde die finanzielle und organisatorische Unterstützung der JLO mit sofortiger Wirkung eingestellt. Auch die Berechtigung, die „Elchschaufel“, den Namen „Landsmannschaft Ostpreußen“ sowie die Adresse der LMO in Hamburg zu verwenden, wurde den Nachwuchsvertriebenen untersagt. Gegebenenfalls, so der Beschluss, „ist die Unterlassung mit rechtlichen Mitteln durchzusetzen.“ Auslöser der Trennung der LMO von ihrer Jugendorganisation war offenbar deren zunehmende Ausrichtung in Richtung rechtsextremistischer Kreise. So warb die JLO mehrfach in der Monatszeitschrift „Nation&Europa“ um neue „Interessenten und Mitstreiter“ oder hatte zu Referatsabenden mit ausgewiesenen Rechtsextremisten wie Claus Nordbruch oder Jürgen Schwab geladen. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte der BdV-Landesvorstand in Sachsen der JLO Sachsen/Niederschlesien ein Hausverbot in den Geschäftsräumen und der Begegnungsstätte in Dresden ausgesprochen.

■ **Berg (Obb.)** - Franz Schönhuber und Horst Mahler wollen jetzt gemeinsam ein Buch schreiben. Erscheinen soll das Machwerk im Frühjahr unter dem Titel „Schluss mit deutschem Selbsthass“ in der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg am Starnberger See, dem Hausverlag Schönhubers. Dem Vernehmen nach sollen Mahler und Schönhuber ihre publizistische Kooperation bei ihrem gemeinsamen Auftritt am 13. Februar in Dresden (vgl. Seite 4 f.) endgültig beschlossen haben.

■ **Berlin** - Die NPD will erneut in Berlin demonstrieren. Unter dem Motto „Nationale Solidarität mit Wien“ hat der NPD-Landesvorsitzende Andreas Storr eine Demonstration für den 12. März, dem Jahrestag des Hitler-Einmarsches 1938 in Österreich angemeldet. Die Rechtsextremisten wollen wie am 29. Januar wieder durch Berlins Mitte am Mahnmalgelände vorbei durch das Brandenburger Tor auf den Pariser Platz ziehen. Mit der Parole „Wir sind ein Volk“ ruft die NPD alle „nationalen Deutschen in der BRD und in Österreich“ auf, die „Freiheit und das Existenzrecht des deutschen Volkes gegen die geplante EU-Diktatur zu verteidigen“. Für den 26. Februar hat der Neonazi Oliver Schweigert, Ex-Vorsitzender der Nationalen

Alternative, der unter dem Pseudonym „Pittiplatsch“ im Thule-Netz agiert, einen Marsch durch Berlin anlässlich des 70. Todestages von Horst Wessel angemeldet. Der Zug wurde von den Behörden verboten. Unklar ist noch, ob das Verbot vor Gericht standhalten wird.

■ **Calw** - Mit „Sieg Heil Volksgenossen!“ begrüßt ein „Arischer Kämpfer-Bund“ (AKB) im Internet seine Gesinnungskameraden und stellt sich vor: „Wir sind der aktive Widerstand aus dem Untergrund, der auch nicht vor Waffengewalt zurückschreckt!“ Weiter heißt es: „Das Recht auf Widerstand (auch mit Waffengewalt) haben wir! und wir werden es auch durchsetzen! ... Seit 1992 sammeln wir Anschriften, Telefonnummern und Verhaltensweisen von unseren Feinden um sie auszuschalten. Die Personengruppen sind: Verräter, Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Politiker und linke Genossen. Aber auch unsere ausländischen Freunde werden nicht zu kurz kommen. Wir sind der deutsche Combat 18, nur geheimer und unsere Aktionen werden härter für die Betroffenen sein!“ Szene-Kenner vermuten hinter dem AKB den Neonazi-Skin Dennis Entenmann (vgl. BNR 15/99 und 16/99) aus der Schwarzwaldstadt Calw. Der hatte im Sommer letzten Jahres zum Mord an zwei ihm unliebsamen Personen aufgerufen.

■ **Dresden** - Der neuheidnische Verlag Zeitenwende von Sven Henkler (Dresden), der in regelmäßigen Abständen die Zeitschrift „Hagal“ veröffentlicht, kooperiert neuerdings mit den neurechten Europäischen Synergien. Erstmals soll vom 28. bis 30. April im Raum Kassel ein gemeinsames Seminar von Zeitenwende und der Synergien zum Thema „Reich Europa“ stattfinden. Als Referenten sind neben anderen der Österreicher Martin Schwarz und der Belgier Robert Steuckers angekündigt. Das nächste „Zeitenwende“-Lesertreffen (Thema: „Frühe Sinnbilder Europas“) findet vom 17. bis 19. März im Raum Münster statt.

■ **Gießen** - Angaben des „Nationalen Infotelefon“ von Andre Goertz (Ex-FAP-Landesvorsitzender Hamburg) zufolge ist der NPD-Aktivist Jürgen Gansel vom Aktiven-Rat der Marburger Burschenschaft Normannia-Leipzig aus der Studentenverbindung ausgeschlossen worden. Gegenüber der Presse teilte Helmut Götsche, Vorsitzender des Altherren-Vereins, mit, dass es immer wieder Annäherungsversuche von „ultrarechten Gruppen“ gebe, die man abwehren müsse. Vorausgegangen war ein noch nicht abgeschlossenes Ermittlungs-

verfahren gegen Gansel, Autor in der „Deutschen Stimme“ (NPD), dem „Ostpreußenblatt“ und zeitweilig Landesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen in Hessen, wegen Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen. Ausgetreten sein aus der Normannia-Leipzig soll auch, wie das Goertz-NIT berichtet, der REP-Funktionär Eike Erdel, Autor in „Nation&Europa“.

■ **Kiel** - Der NPD-Wahlkampf in Schleswig-Holstein hat auch in der Endphase vor der Landtagswahl etliche Strafanzeigen gegen die rechtsextreme Partei nach sich gezogen. So erstatteten die Kreisverbände Dithmarschen von SPD und CDU Strafanzeige wegen eines Plakats, das die Köpfe der Politiker Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und Johannes Rau zeigt. In diesem Zusammenhang fordert die NPD Bestrafung von „Volksbetrügnern“. In Bönnigstedt (Kreis Pinneberg) wurden die Plakate mit dem Konterfei des Spitzenkandidaten Ingo Stawitz an die Fenster des dortigen Jugendzentrums geklebt. Hier wird wegen Sachbeschädigung ermittelt. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen dem „Bündnis gegen Rechts“ und meist „Freien Nationalisten“ in Elmsborn (s. BNR 2/00) hat sich nun auch die NPD zu Wort gemeldet. Der Landesvorsitzende Ingo Stawitz hat der SPD-Bürgermeisterin Brigitte Fronzek einen Brief geschrieben. Darin droht er, Elmsborn zu einem Schwerpunktgebiet von NPD-Aktivitäten zu machen.

■ **Magdeburg/Potsdam** - Die ursprüngliche DVU-Fraktion im Magdeburger Landtag hat sich endgültig gespalten. Die Fraktionsvorsitzende Claudia Wiechmann und ihr Stellvertreter Helmut Wolf sind kürzlich nach monatelangem Hickhack (vgl. BNR 3/00) aus der DVU ausgeschlossen worden. Die auf sieben Parlamentarier zusammengeschrumpfte alte Rest-DVU-Fraktion unter Wiechmann wird künftig als Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) firmieren, die jetzt neu gegründet wurde und im Windschatten von Jörg Haider's FPÖ segeln will. Sechs der Frey-treuen ausgetretenen DVU-Parlamentarier unter dem Landesvorsitzenden Dieter Kannegießer wiederum haben sich als zweite rechtsextreme Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt etabliert und wollen wieder die DVU-Fraktion sein. Die Brandenburger DVU-Landtagsfraktion hat ihren Geschäftsführer Matthias Canis entlassen. Canis war wegen Vorwürfen von finanziellen Unregelmäßigkeiten und Handels mit Kinderpornografie ins Gerede gekommen.

■ **Mannheim** - Mit dem „Rheinsturm“ erscheint in Mannheim ein weiteres Skinzine. Macher und Herausgeber des „Rheinsturm“ ist Oliver Zdarsky aus Altrip in Rheinland-Pfalz. Format, Aufmachung und Inhalt entsprechen dem Standard der Skinzines. Als Interviewpartner für die Debütausgabe haben sich das seit 1996 existente Berliner „Radio Germania“ und der „Nordversand“ aus Halstenbek zur Verfügung gestellt. Aus der Oktober-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ wurde die Gefangenensliste übernommen.

■ **Mannheim** - Der 19jährige Neonazi Stephan Zimmermann, stellvertretender „Gebietsleiter Süd“ des Bildungswerkes Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), wurde im Januar vom Amtsgericht Mannheim wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung zu 20 Tagen gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Außerdem wurde er für zwei Jahre unter die Aufsicht eines Bewährungshelfers gestellt. Staatsanwalt Hans-Heiko Klein will Berufung gegen das Urteil einlegen. Zimmermann, der mit Gesinnungskameraden in Worms Verkehrsschilder mit NPD-Werbung beklebt hatte, ist Herausgeber des Neonazi-Blättchens „Der Sturmführer - Brauner Beobachter aus Baden“. Unter der Überschrift „Wenn das der Führer wüsste“ hatte der 23-jährige Gastautor Stefan Michael Bar im Oktober 1998 in einem Hetzartikel beklagt, dass deutsche Kameraden Jeans der Marke Levi's tragen. Der Grund: Der Firmengründer war Jude und das erwirtschaftete Geld könne weltweit gegen die „nationale Opposition“ eingesetzt werden. Veröffentlicht wurden im „Sturmführer“ auch Zitate wie „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude.“ Zimmermann, der demnächst Politikwissenschaften studieren will, nach Eigenbekunden HNG-Mitglied und JN-Funktionär, machte während der Verhandlung keinen Hehl daraus, dass er auch weiterhin Kontakt zu rechtsextremen Kreisen aufrechterhalten will.

■ **München** - Der Münchner Verleger Gerhard Frey wurde auf dem Bundesparteitag der DVU in München am zweiten Wochenende im Februar in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt.

■ **Neuburg a.d. Donau** - Die Jungen Nationaldemokraten haben auf einem Bundeskongress, der am 5. Februar im rheinland-pfälzischen Rengsdorf unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, den Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller wieder in sein Amt gewählt. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Mike Layer und Alexander Delle aus Baden-Württemberg.

■ **Neuburg** - Die Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft, die sich ab 1. März im sächsischen Riesa niederlassen will, hat unter dem Titel „Alles Große steht im Sturm“ einen umfangreichen Katalog für das Jahr 2000 vorgelegt. Auf fast 100 Seiten findet sich ein einschlägiges Angebot von Büchern über Videos und Musik bis hin zu Parfum („Nationalist“, „Wälküré“). In Sachen Vermarktung und Geldbeschaffung ist man damit der rechtsextremen Konkurrenz einen Schritt voraus.

■ **Stutensee (bei Karlsruhe)** - Ursel Müller, Bundesvorsitzende der HNG, ist Interviewpartnerin des Neonazi-Skin-Zine „Kraft durch Froide“ (KdF). Dem Macher des Blattes, Pablo Allgeier (alias „Phantomias“), wohnhaft im badischen Stutensee, teilt sie mit, dass die HNG derzeit rund 100 „inhaftierte Kameraden“ betreue. Die Betreuung, so Müller, „besteht in erster Linie in der brieflichen Verbindung mit den Inhaftierten ... darüber hinaus und soweit es unsere bescheidenen Finanzen erlauben, zahlt die HNG auch einen Anwalt.“ Veröffentlicht ist in KdF auch eine Anti-Antifa-Seite („Die andere Feldpostnummer“). Diese soll „über Zusammenhänge in der linken Szene“ informieren. Aus juristischen Gründen findet sich die szenetypische Anmerkung: „Denkt daran dieser Artikel soll euch nicht zu Gewalt anstacheln.“

■ **Stuttgart/Pforzheim** - Die Parteivorsitzenden der Mini-Parteien Ab jetzt - Bündnis für Deutschland (Helmut Fleck) und Vereinigte Rechte (VR) (Mario Meurer) haben am 5. Februar in Stuttgart eine sogenannte „Stuttgarter Erklärung“ verabschiedet. Demnach wollen beide Parteien jetzt fusionieren. In einer Pressemitteilung erklären sie: „Dieses Vorhaben der Vereinigung soll zugleich Signal und Aufforderung an die gesamte deutsche Rechte sein, die unheilvolle Zersplitterung im patriotischen Lager zu beenden und gemeinsam den ehrlichen Neuanfang zu wagen.“ Der VR-Mitbegründer Leo Thenn aus Pforzheim hat indes zum vergangenen Jahreswechsel seinen Austritt aus der VR erklärt und ist wieder zu den Republikanern zurückgekehrt, von denen er 1996 geschasst worden war.

■ **Villingen-Schwenningen** - Der Neonazi Michael Hammer (27) wurde vom Amtsgericht in Villingen am 3. Februar zu einer Geldstrafe in Höhe von 14 000 Mark verurteilt. Das Gericht sprach ihn der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen für schuldig. Hintergrund war eine als Hakenkreuzfahne bemalte Türe im Treffpunkt der „Kameradschaft Brigachtal“ in Brigachtal.

Postvertriebsstück - Einmal bezahlt

Adresse:

Name (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsdatum (Bitte in DD.MM.JJJJ):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Geburtsort (Bitte in großen Buchstaben):

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499

e-mail: nandlinger@bnr.de

Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)

Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement

Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und

-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum

Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto